

Verbandsinformation Technik

Nr. 01/17 Datum: 10.01.2017



Verband der Holzindustrie
und Kunststoffverarbeitung
Baden-Württemberg e.V.

Danneckerstraße 37
70182 Stuttgart
Telefon 0711 23762-0
Telefax 0711 23762-10

Friedrich-Ebert-Straße 11-13
67433 Neustadt / Weinstraße
Telefon 06321 852-0
Telefax 06321 88955

info@vhk-bw.de
www.vhk-bw.de

An unsere Mitgliedsunternehmen

TERMINVORSCHAU

- | | |
|-----------------|---------------------------------------|
| Di., 28.03.2017 | - Sitzung des Technischen Ausschusses |
| Di., 24.10.2017 | - Sitzung des Technischen Ausschusses |

INHALT

1. Weitere Informationen zur geänderten Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)
2. IHD erforscht 3D-Druck mit organischen Materialien für die Holz- und Möbelindustrie
3. HDH-Broschüre zu neuen Formaldehydregelungen in den USA
4. Arbeitstreffen des HDH mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
5. CEI-Bois Technical Day
6. Die Spitzen der Forstwirtschaft und der Holzindustrie vereinbaren engere Zusammenarbeit
7. Bericht über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2015
8. ISO-Normenworkshop zu Sitzmöbeln
9. EFIC-Stellungnahme zu britischen Brandschutzbestimmungen für Möbel
10. Neues aus der Normung

ANLAGEN

- ❖ Formaldehyde Emission Standards for Composite Wood Products
- ❖ Letter accompanying the response to the Consultation on updating the Furniture and Furnishings (Fire) (Safety) Regulations (FFRs)

1. Weitere Informationen zur geänderten Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)

Wie bereits im Technikrundsreiben vom 24. November 2016 berichtet, ist die Verordnung am 3. Dezember 2016 in Kraft getreten. Die Verordnung zur Änderung von Arbeitsschutzverordnungen (Artikel 1 Änderung der Arbeitsstättenverordnung) wurde im Bundesgesetzblatt (Teil 1 Nr. 56 Seite 2681) veröffentlicht.

Heute möchten wir Sie im Detail informieren:

Ziel der Arbeitsstättenverordnung

Die Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) verfolgt das Ziel, Beschäftigte in Arbeitsstätten zu schützen und zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten beizutragen. So ist von den angezeigten Unfällen ein nicht unwesentlicher Teil auf die nicht ordnungsgemäße Beschaffenheit, Einrichtung und Unterhaltung der Arbeitsstätten zurückzuführen, z. B. Sturzunfälle auf schadhafte Fußböden und Treppen sowie Transportunfälle auf ungeeigneten oder zu eng bemessenen Verkehrswegen. Aber auch schwere Unfälle durch das Zersplittern von Glaswänden oder Glaseinsätzen in Türen oder Erkrankungen durch gesundheitlich unzutraglichen Betriebslärm sollen vermieden werden. Des Weiteren dient die ArbStättV der menschengerechten Gestaltung der Arbeit. Dies sind vor allem die Forderungen nach gesundheitlich zuträglichen Luft-, Klima- und Beleuchtungsverhältnissen sowie nach einwandfreien sozialen Einrichtungen, insbesondere Sanitär- und Erholungsräumen.

Inhalt der Arbeitsstättenverordnung

Die Arbeitsstättenverordnung - ArbStättV (Nr. 44 vom 24.8.2004, S. 2179) enthält Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten beim Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten. Die Verordnung dient der nationalen Umsetzung der EG-Arbeitsstättenrichtlinie 89/654/EWG. Daneben wird auch die Richtlinie 92/58/EWG des Rates über Mindestvorschriften über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz durch einen gleitenden Verweis innerhalb der Arbeitsstättenverordnung umgesetzt. Außerdem erfolgt die Umsetzung des Anhangs IV Teil A und B der Richtlinie 92/57/EWG des Rates über die auf zeitlich begrenzte oder ortsveränderliche Baustellen anzuwendenden Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz.

Die ArbStättV besteht aus einem verfügbaren Teil mit insgesamt 10 Paragraphen und einem in fünf Abschnitte unterteilten Anhang mit Anforderungen an Arbeitsstätten. In der Verordnung werden die Mindestanforderungen der genannten Richtlinien direkt umgesetzt. Es werden in der ArbStättV allgemeine Schutzziele anstatt konkreter Maßzahlen und Detailanforderungen vorgegeben. Dies verschafft dem Arbeitgeber mehr Freiheit bei seinen Entscheidungen zur Gestaltung und dem Betrieb der Arbeitsstätte. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Betriebe die Belange von Menschen mit Behinderungen in Hinblick auf Sicherheit und Gesundheitsschutz berücksichtigen müssen (§ 3a). Ein Ausschuss für Arbeitsstätten steht dem beratend zur Seite und hat die Aufgabe, Regeln für Arbeitsstätten (§ 7) zu ermitteln.

Der Paragraphenteil der Verordnung enthält außerdem neben Vorschriften für das Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten (§§ 3a und 4) und der Regelung für den Nichtraucherenschutz (§ 5), spezifische Bestimmungen für Arbeits-, Sanitär-, Pausen-, Bereitschafts- und Erst-Hilfe-Räume sowie Unterkünfte (§ 6). Im 1. Kapitel des Anhangs der Verordnung werden allgemeine Anforderungen an die Beschaffenheit der Arbeitsstätte gestellt. Das betrifft u. a. die Raumabmessungen, Fußböden, Dächer, Fenster, Türen und Verkehrswege, sowie Fahrsteige, die Laderampen und Steigleitern. Hier wird auch auf die Sicherheitskennzeichnung und die allgemeine Forderung nach einer der Nutzungsart entsprechenden Konstruktion und Festigkeit der Arbeitsstätte verwiesen. Maßnahmen zum Schutz vor besonderen Gefahren wie Absturz und Entstehungsbrände sowie die Vorgaben für Flucht- und Rettungswege werden im zweiten Abschnitt genannt. Der dritte Abschnitt regelt die wesentlichen Arbeitsbedingungen wie Bewegungsfläche, Anordnung

und Ausstattung der Arbeitsplätze, die klimatischen Verhältnisse mit Raumtemperatur und Lüftung sowie die Beleuchtung und den Lärm. Die Untersetzung für Sanitär-, Pausen-, Bereitschafts- und Erst-Hilfe-Räume sowie Unterkünfte erfolgt im vierten Abschnitt. Im letzten Abschnitt wird schließlich auf ergänzende Anforderungen für nicht allseits umschlossene Räume und im Freien liegende Arbeitsstätten sowie für Baustellen eingegangen.

Der Vollzug der Verordnung obliegt den staatlichen Arbeitsschutzaufsichtsbehörden (Gewerbeaufsichtsämter bzw. Ämter für Arbeitsschutz). Mit dem seit 1.1.2004 erfolgten Inkrafttreten der Grundsätze der Prävention (bisherige VBG 1) haben auch die Berufsgenossenschaften die rechtliche Grundlage erhalten, mittels staatlicher Arbeitsschutzvorschriften ihren Präventionsauftrag zu erfüllen.

Ein wesentliches Hilfsmittel für die praktische Umsetzung der ArbStättV sind die Technischen Regeln für Arbeitsstätten.

Technische Regeln für Arbeitsstätten (ASR)

Die Technischen Regeln für Arbeitsstätten (Arbeitsstättenregeln - ASR) beschreiben Maßnahmen und praktische Durchführungshilfen und legen dar, wie die in der Arbeitsstättenverordnung gestellten Schutzziele und Anforderungen hinsichtlich Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten beim Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten vom Arbeitgeber erreicht werden können.

Die ASR enthalten zum Zeitpunkt der Bekanntgabe den aktuellen Stand der Technik. Sie erleichtern dem Arbeitgeber die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung nach § 3 der ArbStättV und die Festlegung der geeigneten Maßnahmen für die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten im Betrieb. Wendet der Arbeitgeber die ASR an, kann er davon ausgehen, dass er in Bezug auf den Anwendungsbereich der ASR die Vorgaben der ArbStättV einhält (Vermutungswirkung).

Eine Verpflichtung zur Anwendung der ASR schreibt die Arbeitsstättenverordnung jedoch nicht vor. Der Arbeitgeber kann eigenständig von den Vorgaben der ASR abweichen und die Schutzzielvorgaben der Arbeitsstättenverordnung einschließlich des Anhangs auch auf andere Weise erfüllen. In diesem Fall muss er die ermittelten Gefährdungen, denen die Beschäftigten ausgesetzt sind oder ausgesetzt sein können, auf andere Weise so beseitigen oder verringern, dass dabei das gleiche Schutzniveau wie in der ASR erreicht wird ("Stand der Technik").

Dort, wo bei der Bekanntgabe der Arbeitsstättenregeln neue Anforderungen aufgrund der Fortentwicklung des Standes der Technik enthalten sind und die Maßgaben nur mit umfangreichen Änderungen oder erheblichen Aufwendungen in den bereits eingerichteten und betriebenen Arbeitsstätten umsetzbar sind, stellt sich die Frage des Bestandsschutzes. Die Prüfung ob der Arbeitgeber die Arbeitsstätte den neuen Regelungen entsprechend anpassen muss oder ob die bestehende Arbeitsstätte auch weiterhin den Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung entspricht, lässt sich nur mit der Wiederholung der Gefährdungsbeurteilung ermitteln

[Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)]

2. IHD erforscht 3D-Druck mit organischen Materialien für die Holz- und Möbelindustrie

Eine Innovation der generativen Fertigung stellt der 3D-Druck mit holzbasierten Werkstoffen dar. Die Vorteile von kundenangepasster Individualisierung, effizienter Herstellung kleiner Stückzahlen, Ressourceneff-

fizienz und wirtschaftlicher Fertigung komplexer bionischer Strukturen sind insbesondere für die Anwendungsfelder Möbel, Innenausbau und Bauelemente von hohem Interesse.

Das IHD erschließt nun diesen Bereich und konzentriert sich bei seinen derzeitigen Forschungsarbeiten auf folgende drei Gebiete:

- 1.) Konstruktion und Produktentwicklung für die Anwendungsfelder Möbel und Innenausbau sowohl mit Kunststoff- als auch mit Holz-Kunststoff-Verbunden
- 2.) Entwicklung neuer Druckmaterialien auf Basis nachwachsender Rohstoffe
- 3.) Entwicklung neuer Technologien für das Drucken von Bauteilen mit branchenüblichen Abmessungen

Zur Entwicklung einer Drucktechnologie für den Möbelbereich startete bereits Anfang September 2016 ein vom BMBF gefördertes Forschungsprojekt. Hierbei kann das IHD auf sein langjähriges Wissen auf dem Gebiet der Möbelkonstruktion zurückgreifen. Der Fokus des IHD liegt derzeit auf dem Druck mit dem Fused-Filament-Fabrication-Verfahren.

Bei diesem Fertigungsverfahren wird ein Werkstück schichtweise aus schmelzfähigen Materialien aufgebaut. Eine geeignete Druckanlage ist dafür am IHD vorhanden. Für Kooperationen und Forschungsprojekte steht das IHD gern zur Verfügung. Ansprechpartner für den 3D-Druck im IHD sind Frau Julia Kaufhold (julia.kaufhold@ihd-dresden.de) und Herr Tony Gauser (tony.gauser@ihd-dresden.de).

3. HDH-Broschüre zu neuen Formaldehydregelungen in den USA

Der HDH hat eine Broschüre zu den wichtigsten Fragen zu den am 12. Dezember 2016 veröffentlichten und ab 12. Dezember 2017 wirksam werdenden neuen Regelungen zu Formaldehyd-Emissionen von Holzwerkstoff basierten Produkten in den USA erstellt.

Am 1. August dieses Jahres informierte der HDH darüber mit der Vorabveröffentlichung des Gesetzestextes (siehe Anlage) des „Formaldehyde Emission Standards for Composite Wood Products“ der US-Umweltbehörde (EPA).

Der HDH hat zwischenzeitlich bereits wesentliche Fragen mit der EPA klären können und diese als FAQ in englischer Sprache in der Broschüre zusammengetragen (siehe Anlage). Das Gesetz legt Formaldehyd-Grenzwerte fest für Sperrholz aus Hartholz, mitteldichte Faserplatten und Spanplatten sowie Haushaltswaren und andere Fertigwaren, die diese Erzeugnisse enthalten. Diese variieren je nach Produkt, sind aber identisch mit CARB II und strenger als in Deutschland.

4. Arbeitstreffen des HDH mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Kürzlich trafen sich Vertreter des HDH und des für die Holz- und Möbelindustrie zuständigen Referats „Kernbereiche industrieller Wertschöpfung“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zu einem Arbeitsgespräch in Berlin. Die HDH-Vertreter erläuterten die Struktur der deutschen Holz- und Möbelindustrie sowie die aktuellen Herausforderungen für die Branche.

Insbesondere wurde über die Probleme für die Möbelindustrie gesprochen, die aus der Dominanz von Einkaufskooperationen auf dem deutschen Möbelmarkt resultieren. Eingehend erörtert wurden zudem die Möglichkeiten der Exportförderung und die Herausforderungen durch Industrie 4.0 für die Branche.

Die Vertreter des BMWi zeigten sich offen für die Belange der Branche und sicherten dem HDH aktive Unterstützung bei den branchenrelevanten Themen zu. Im Ergebnis wurde ein strukturierter Nachfolgeprozess in Form einer engeren Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Politik, eines dauerhaften Austauschs zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen sowie einer aktiven Nutzung von Fördermöglichkeiten für die Branchenunternehmen im Rahmen des Markterschließungsprogramms des Bundes und der Plattform Industrie 4.0 vereinbart. Ferner wurde vereinbart, dass künftig Vertreter des BMWi zu wichtigen Branchenveranstaltungen eingeladen werden sollen.

5. CEI-Bois Technical Day

Beim letzten Technical Day des Europäischen Dachverbands der Holzbranche CEI-Bois informierte Tapani Mikkeli, Leiter der Abteilung nachhaltiges Bauen bei der EU-Kommission, über aktuelle Entwicklungen bei der europäischen Bauproduktenverordnung, den sich daraus ableitenden Rechtsakten sowie ihren Auswirkungen auf die europäische Normung.

Thematisiert wurden dabei auch die Möglichkeiten und Grenzen nationalstaatlicher Regelungen im Hinblick auf das EuGH-Urteil zur bisherigen Vergabep Praxis des Ü-Kennzeichens für harmonisierte Bauprodukte in Deutschland.

Zudem informierte der technische Referent des HDH, Marcus Kirschner, über den aktuellen Stand des internationalen Normenprojektes ISO/PC 287 – Lieferkette von Holz und Holzprodukten und erläuterte die daraus erwachsenden Chancen für die Unternehmen der Holzindustrie. Gleichzeitig warb er um zusätzliche aktive Präsenz der Holzindustrie in den nationalen Normenausschüssen und bei den ISO-Sitzungen.

6. Die Spitzen der Forstwirtschaft und der Holzindustrie vereinbaren engere Zusammenarbeit

Die Spitzen der deutschen Forstwirtschaft und der heimischen Holzindustrie wollen künftig enger zusammenarbeiten. Dies ist das Ergebnis eines Gespräches zwischen dem Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie (HDH), Johannes Schwörer, und dem Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW – Die Waldeigentümer), Philipp Freiherr zu Guttenberg, kürzlich in Berlin.

Gemeinsam müsse man gegenüber der Politik die nachhaltige Forstwirtschaft und die nachhaltige Produktion und Verwendung von Holz vertreten und für den natürlichen Roh- und Baustoff Holz eintreten. Johannes Schwörer betonte, dass „in einer gemeinsamen Kommunikationsstrategie die Klammer zwischen Klimaschutz und einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung geschlossen werden müsse“. Der romantische Blick der Bevölkerung auf den Wald müsse um Fakten und Vorteile einer sinnvollen Bewirtschaftung ergänzt werden.

Es sei wichtig, dass die Bevölkerung die gesellschaftliche Bedeutung von Waldwirtschaft und Holz-Produktion erkenne. Hier habe man noch gemeinsamen Nachholbedarf und müsse alle gesellschaftlichen Kreise stärker informieren. Laut Philipp zu Guttenberg gilt es, die gesamte Wertschöpfungskette von der Baumpflanzung bis zum Holzprodukt abzubilden. „Wir müssen die Brücke schlagen von der Waldbewirtschaftung zu den vielen attraktiven Holzprodukten, die nicht nur nachhaltig sind, sondern von vielen Menschen geschätzt werden“, so zu Guttenberg. „So muss in Deutschland der Holzbau gestärkt werden, wenn die Kli-

maschutzziele von Paris und Marrakesch erreicht werden sollen. Dabei können wir uns an Österreich, der Schweiz und an Schweden orientieren.“

Schwörer sagte, dass die Verwendung von Holz einen entscheidenden Beitrag zur Minderung der Treibhausgase leiste. Die stoffliche Nutzung von Holzprodukten bringe eine erhebliche Effizienzsteigerung und trage zur langfristigen CO₂-Speicherung bei.

7. Bericht über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2015

Die Bundesregierung hat ihren "Bericht über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit" vorgelegt. Insbesondere werden in dem Bericht die Entwicklung bei den Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten im Jahr 2015 beschrieben. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass trotz eines erneuten Anstiegs bei den Erwerbstätigen die Zahl der Arbeitsunfälle - sowohl für den Bereich der meldepflichtigen Arbeitsunfälle, der schweren Arbeitsunfälle, die eine Rentenzahlung nach sich ziehen, als auch der tödlichen Arbeitsunfälle - zurückgegangen ist.

Die Entwicklung bei den Wegeunfällen ist gegenläufig. Hier sind bei den meldepflichtigen Wegeunfällen und den tödlichen Wegeunfällen Zuwächse zu verzeichnen. Bei den Berufskrankheiten haben sich sowohl die Zahl der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit als auch der anerkannten Berufskrankheiten erhöht. Die neuen Berufskrankheitenrenten sowie die Todesfälle durch Berufskrankheiten sind hingegen zurückgegangen. Die wichtigsten Ergebnisse im Bereich der Arbeitsunfälle, des Berufskrankheitengeschehens sowie der Ausgaben der Unfallversicherungsträger sind in der Anlage ausführlich dargestellt.

Neben detaillierten Statistiken zu Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit enthält der Bericht grundlegende arbeitsweltbezogene Daten zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit sowie den Arbeitsbedingungen. Schwerpunktthema des Berichtes 2015 ist das Thema Arbeitszeit. Die Ergebnisse der Arbeitszeitbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin werden näher dargelegt. Darüber hinaus enthält der Bericht ein aktuelles Verzeichnis der Arbeitsschutzvorschriften des Bundes und der derzeit gültigen Vorschriften der Unfallversicherungsträger.

Der Bericht kann im Internet unter www.baua.de/suga (www.baua.de > Informationen für die Praxis > Statistiken > Bericht "Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit") heruntergeladen werden.

8. ISO-Normenworkshop zu Sitzmöbeln

Mit einem aus Sicht der deutschen Möbelindustrie äußerst erfreulichen Ergebnis endete der erste ISO Normenworkshop zu Sitzmöbeln (ISO/TC 136/WG1) in Grand Rapids, Michigan, USA. Derzeit zeichnet sich ab, dass die angestrebte Revision der Norm ISO/WD 7173 auf der Grundlage der EN 1728 und damit auf Basis der „europäischen Normenphilosophie“ erfolgen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, hatte sich der VDM schon im Vorfeld der Veranstaltung und dann vor Ort maßgeblich dafür eingesetzt, dass die europäischen Teilnehmer eine einheitliche Position entwickeln und diese auch geschlossen vertreten. Mit ihrer Initiative zur Übernahme der europäischen Prüfmethode für Normen auf ISO-Ebene wollen die Europäer eine weitgehende Vereinfachung der Prüfverfahren über den europäischen Wirtschaftsraum hinaus erreichen. Dadurch könnten Mehrfachprüfungen aufgrund verschie-

dener Prüfmethode vermieden und somit aus Unternehmersicht Kosten eingespart werden. Dies ist für die exportorientierte deutsche und europäische Möbelindustrie von großer Bedeutung.

Bereits vor drei Jahren hatten sich europäischen Mitgliedstaaten beim Europäischen Komitee für Normung darüber verständigt, die bestehenden europäischen Prüfmethode normen als Grundlage für die zur Überarbeitung anstehenden ISO-Prüfmethode normen (ISO/TC 136/WG1) zu verwenden. Dieses wurde auf der ISO-Plenarsitzung in Shanghai 2014 auch bestätigt. Im Nachgang wurde dieser Beschluss jedoch durch die USA in Frage gestellt und mittels direkter Intervention bei ISO „blockiert“.

Insofern lag ein grundlegendes Ziel der Veranstaltung darin, einen Ausweg aus der Blockadesituation zu finden. In diesem Zusammenhang wurde bei allen Beteiligten, insbesondere den USA, erfolgreich dafür geworben, dass zur Lösung der bestehenden Divergenzen zwischen den USA und Europa auf das bereits auf nationaler und europäischer Ebene erfolgreich praktizierte Format des HDH/VDM-Normenworkshops zurückgegriffen wurde. Von der Effektivität überzeugt, schlugen am Ende die Teilnehmer einstimmig vor, dass das Workshop-Format als künftiges Standardmodell für die internationale Zusammenarbeit auf ISO-Ebene angewendet werden soll.

Als nächster Schritt wurde beschlossen, alle Prüfergebnisse inklusive Fotodokumentation an alle Teilnehmer des Workshops mit der Bitte um Kommentierung zu verteilen.

[Quelle: VDM]

9. EFIC-Stellungnahme zu britischen Brandschutzbestimmungen für Möbel

In einem aktuellen Schreiben an das britische Wirtschaftsministerium lobt der Europäische Möbelverband (EFIC) zwar die Absicht des Ministeriums, die infolge der Neuregelung erhöhten Brandschutzbestimmungen für Möbel und Einrichtungsgegenstände zu überarbeiten.

Gleichzeitig kritisiert EFIC jedoch, dass die Überarbeitungsvorschläge nicht weit genug gehen. Die ganze EFIC-Stellungnahme finden Sie in der Anlage.

10. Neues aus der Normung

DIN 68141:2016-12

Holzklebstoffe - Bestimmung der offenen Antrockenzeit und Beurteilung der Benetzung und Streichbarkeit

In dieser Norm ist die Prüfung der Gebrauchseigenschaften von Klebstoffen für tragende Holzbauteile festgelegt. Gegenüber DIN 68141:2008-01 wurde der Titel geändert und Verweisungen auf DIN-EN-Normen zur Bestimmung von Klebstoff-Gebrauchseigenschaften wurden entfernt. Die Zeitspanne zwischen Zubereitung und Auftrag des Klebstoffs zur Bestimmung der offenen Antrockenzeit wurde von 10 min auf 2 min verringert und die Bestimmung der offenen Antrockenzeit erfolgt jetzt ab dem Ende des Klebstoffauftrags.

DIN 68702:2016-12 (Entwurf) – Holzpflaster

Dieser Norm-Entwurf gilt für Holzpflaster als Fußboden, zum Beispiel in Versammlungsstätten und im Wohnbereich sowie als Fußboden in Werkräumen und für gewerbliche und industrielle Zwecke mit Fahrzeug- und Staplerverkehr.

DIN EN 205:2016-12**Klebstoffe - Holzklebstoffe für nichttragende Anwendungen - Bestimmung der Klebfestigkeit von Längskleblagen im Zugversuch; Deutsche Fassung EN 205:2016**

In dieser Europäischen Norm sind Prüfungen für Klebstoffe für Holz und Holzprodukte im Hinblick auf ihre Beständigkeit gegen warmes und kaltes Wasser festgelegt. Die Norm dient zur Beurteilung der Klebfestigkeit von Kleblagen mit dünner Klebstoffuge. Er gilt nicht für Klebstoffe für tragende Bauteile oder zur Herstellung von Spanplatten, Faserplatten und Sperrholz und ersetzt keine Prüfungen für Fertigprodukte. Gegenüber DIN EN 205:2003-06 wurden Prüfungen mit dicken Klebstoffugen gestrichen und es wurden Verarbeitungsbedingungen für Klebstoffanwendungen festgelegt, wenn keine Angaben vom Hersteller verfügbar sind. Die Anzahl der Prüfkörper wurde geändert und die Prüfergebnisse von allen Prüfkörpern sind im Prüfbericht anzugeben.

DIN EN 350:2016-12**Dauerhaftigkeit von Holz und Holzprodukten - Prüfung und Klassifizierung der Dauerhaftigkeit von Holz und Holzprodukten gegen biologischen Angriff; Deutsche Fassung EN 350:2016**

In dieser Europäischen Norm wird eine Anleitung zu Verfahren für die Bestimmung und Klassifizierung der Dauerhaftigkeit von Holz und Holzprodukten gegen einen Befall durch biologische, Holz zerstörende Organismen gegeben. Die Verfahren können sowohl bei einzelnen Holzarten, Holzlosen als auch bei verarbeiteten Holzprodukten angewendet werden: eingeschlossen sind thermisch behandeltes Holz, mit Holzschutzmitteln behandeltes Holz und modifiziertes Holz. Diese Norm ist jedoch nicht zur Prüfung der Wirksamkeit von Bioziden vorgesehen. Zu den in dieser Norm betrachteten Holz zerstörenden Organismen zählen Holzfäule-Pilze (Basidiomyceten und Moderfäuleerreger), Käfer, die trockenes Holz befallen können, Termiten und marine Organismen, die verbautes Holz befallen können. Daten zur biologischen Dauerhaftigkeit ausgewählter Holzarten mit wirtschaftlicher Bedeutung in europäischen Ländern sind im informativen Anhang B dargestellt: darin enthalten sind auch Angaben zur geographischen Herkunft, Rohdichte, Splintholzbreite und Tränkbarkeit.

Quelle: DIN Mitteilungen

Mit freundlichen Grüßen

IHR

VERBAND DER HOLZINDUSTRIE
UND KUNSTSTOFFVERARBEITUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG E. V.



Lutz Döhling

Anlagen

HDH

HAUPTVERBAND DER DEUTSCHEN HOLZINDUSTRIE

FAQ

Import von Holzwerkstoffen und daraus bestehenden Produkten in die

USA

Formaldehyde Emission Standards for
Composite Wood Products



Ausgabe 22. Dezember 2016

Version 1.0



Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter Industrie- und Wirtschaftszweige e.V.

Flutgraben 2
D-53604 Bad Honnef

Tel. 0 22 24 / 93 77 – 0
www.holzindustrie.de

m.kirschner@holzindustrie.de

Wir weisen darauf hin, dass diese FAQ nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurden, jedoch keine Haftung oder Gewährleistung für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen und Daten übernommen wird. Die zusammengetragenen Informationen zitieren öffentlich verfügbare Informationen der Website der US EPA, Texte der prepublication notice, den Gesetzestext sowie Auszüge des Schriftverkehrs des HDH mit der EPA. Daher sind Zitate nicht ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Es gelten ausschließlich die im Federal Register / Vol. 81, No. 238 / Monday, December 12, 2016 der USA veröffentlichten gesetzlichen Anforderungen in ihrer aktuellen Fassung.

1. Vorwort

Nach dem in Kalifornien seit 2008 mit CARB strikte Regelungen zu Formaldehyd Emissionen von bestimmten Holzerzeugnissen gelten, sind die USA nun landesweit nachgezogen. Auf Basis eines 2010 von Obama erlassenen Gesetzes hat die US Umweltbehörde (EPA) mit den „Formaldehyde Emission Standards for Composite Wood Products“ dessen Konkretisierung umgesetzt.

Das am 12. Dezember 2016 im Federal Register veröffentlichte Gesetz legt Formaldehyd-Grenzwerte fest für Sperrholz aus Hartholz, mitteldichte Faserplatten und Spanplatten, sowie Haushaltswaren und andere Fertigwaren, die diese Erzeugnisse enthalten. Diese variieren je nach Produkt, sind aber identisch mit CARB II und teilweise strenger als in Deutschland.

Ab dem 12. Dezember 2017 müssen alle Holzwerkstoffe sowie Produkte, die diese Erzeugnisse enthalten als „TSCA Title VI compliant“ gekennzeichnet werden. Das Gesetz legt nach amerikanischen Prüfmethode und von der EPA anerkannten Labors ermittelte Formaldehyd-Grenzwerte für. Bestimmte Ausnahmen gelten für Produkte, die mit formaldehydfreien oder sehr gering emittierenden Klebstoffen hergestellt wurden.

Die Regelungen beinhalten zudem Prüfanforderungen, Voraussetzungen für und zur Zulassung von Drittzertifizierern und von der EPA anzuerkennende Akkreditierungsstellen, zur Chain-of-Custody, zur Import-Zertifizierung und zu Dokumentationspflichten.

Der HDH hat zwischenzeitlich bereits wesentliche Fragen mit der EPA klären können und diese in beiliegenden FAQ in Englisch als Sprache des Ziellandes zusammengetragen. Als weitere Informationsquellen dienen die von der EPA veröffentlichten Informationen und der eigentliche Gesetzestext. Aus diesen Quellen wird zitiert.

Diese FAQ sollen je nach Bedarf in unregelmäßigen Abständen weiter aktualisiert werden.

Dazu hält die HDH Geschäftsstelle den heißen Draht nach Washington D.C. weiter offen. Zu klärende Fragen senden Sie bitte an m.kirschner@holzindustrie.

Bad Honnef, 20. Dezember 2016

1. What is the background for this legislation?

The US Environmental Protection Agency (EPA) is issuing this final rule to implement the Formaldehyde Standards for Composite Wood Products Act, which added Title VI to the Toxic Substances Control Act (TSCA). The purpose of TSCA Title VI is to reduce formaldehyde emissions from composite wood products, which will reduce exposures to formaldehyde and result in benefits from avoided adverse health effects.

2. What is the purpose of the final rule?

The final rule will

- Limit formaldehyde emissions from composite wood products that are sold, manufactured, or imported in the United States. Formaldehyde is found in the adhesives used in a wide range of composite wood products.
- Level the playing field for domestic manufacturers who have a high rate of compliance with the California standard and will ensure that imported products not subject to California's requirements will meet the new standard.
- Require labelling these wood products as TSCA Title VI compliant one year after the rule is published.
- Set testing requirements to ensure that products comply with those standards.
- Establish a third-party certification program to ensure that composite wood panel producers comply with the new emissions limits
- Establish requirements for accreditation bodies to be recognized by EPA that will accredit the third-party certifiers.
- Include exemptions from some testing and recordkeeping requirements for products made with ultra low-emitting and no-added formaldehyde resins.

3. Which are the main provision this rule is about?

This final rule includes provisions relating to, among other things, laminated products, products made with no-added formaldehyde resins or ultra low-emitting formaldehyde resins, testing requirements, product labeling, chain of custody documentation and other recordkeeping requirements, enforcement, import certification, and product inventory sell-through provisions, including a product stockpiling prohibition.

4. Which products fall under the rule?

This final rule includes formaldehyde emission standards applicable to hardwood plywood, medium-density fiberboard, and particleboard, and finished goods containing these products, that are sold, supplied, offered for sale, or manufactured (including imported) in the United States.

The following list of North American Industrial Classification System (NAICS) codes is not intended to be exhaustive, but rather provides a guide to help to determine Potentially affected entities may include:

- Veneer, plywood, and engineered wood product manufacturing (NAICS code 3212).
- Manufactured home (mobile home) manufacturing (NAICS code 321991).
- Prefabricated wood building manufacturing (NAICS code 321992).
- Furniture and related product manufacturing (NAICS code 337).
- Furniture merchant wholesalers (NAICS code 42321).
- Lumber, plywood, millwork, and wood panel merchant wholesalers (NAICS code 42331).
- Other construction material merchant wholesalers (NAICS code 423390), e.g., merchant wholesale distributors of manufactured homes (i.e., mobile homes) and/or prefabricated buildings.
- Furniture stores (NAICS code 4421).
- Building material and supplies dealers (NAICS code 4441).
- Manufactured (mobile) home dealers (NAICS code 45393).

- Motor home manufacturing (NAICS code 336213).
- Travel trailer and camper manufacturing (NAICS code 336214).
- Recreational vehicle (RV) dealers (NAICS code 441210).
- Recreational vehicle merchant wholesalers (NAICS code 423110).
- Engineering services (NAICS code 541330).
- Testing laboratories (NAICS code 541380).
- Administrative management and general management consulting services (NAICS code 541611).
- All other professional, scientific, and technical services (NAICS code 541990).
- All other support services (NAICS code 561990).
- Business associations (NAICS code 813910).
- Professional organizations (NAICS code 813920).

5. Which products are not covered by the final rule?

The following products are not covered by regulation:

- Hardboard.
- Structural plywood.
- Structural panels.
- Structural composite lumber.
- Military-specified plywood.
- Curved plywood.
- Oriented strand board.
- Prefabricated wood I-joists.
- Finger-jointed lumber.
- Wood packaging, such as pallets, crates, spools, and/or dunnage.
- Composite wood products used inside a new vehicle other than a recreational vehicle, such as rail cars, boats, and aircraft.
- Windows that contain composite wood products if the windows contain less than 5% composite wood product by volume.
- Exterior doors and garage doors that contain composite wood products, if the doors are made from composite wood products manufactured with NAF or ULEF resins, or the doors contain less than 3% composite wood product by volume.

6. When will the Final Rule be effective?

This final rule was published December 12, 2016, is effective February 10, 2017. Provisions start December 12, 2017, December 12, 2018 and December 12, 2023. Details can be found under point Vorwort43.

7. By which mechanism is compliance with the requirements ensured?

This final rule establishes several mechanisms to ensure compliance, such as a third-party certification program for hardwood plywood, medium-density fiberboard, and particleboard and includes procedures for the accreditation of third-party certifiers and general requirements for accreditation bodies and third-party certifiers. Product labeling, chain of custody documentation, recordkeeping, customs control, import certification and market surveillance also ensure compliance with the legal requirements.

The most important mechanism in this context is the EPA TSCA Title VI Third-Party Certification (TPC) Program to ensure that composite wood panel producers comply with the statutory formaldehyde emission limits. Under this program, TPCs will regularly inspect composite wood panel producers, and conduct, oversee, and verify formaldehyde emissions tests. TPCs who wish to participate in the EPA TSCA Title VI Third-Party Certification Program must apply to EPA

for approval and receive recognition from EPA before certifying products under this rule. The requirements for TPCs to receive EPA recognition include being accredited by EPA-recognized accreditation bodies (ABs) to specific voluntary consensus standards and to the regulatory requirements in this rule.

8. What are the emission limits und der EPA rule?

The formaldehyde emissions standards/limits vary by type of regulated product.

Product	Emission Standard (ASTM E1333-10)
Hardwood Plywood – Veneer Core	0.05 ppm of formaldehyde
Hardwood Plywood – Composite Core	0.05 ppm of formaldehyde
Medium-Density Fiberboard	0.11 ppm of formaldehyde
Thin Medium-Density Fiberboard	0.13 ppm of formaldehyde
Particleboard	0.09 ppm of formaldehyde

9. Is there a correlation to EN 717-1? Is testing according to this European Standard accepted?

No official correlation to EN 717-1 is recognised by the EPA. Neither are these tests accepted. Testing has to be done according to ASTM E1333-10.

10. Who is required to test formaldehyde emissions from composite wood products?

All panel producers are required to have their products tested by an EPA TSCA Title VI third party certifier (laboratories conducting independent third-party formaldehyde emissions testing of regulated composite wood products) to ensure their products are certified as compliant with the emissions standards. This includes a California Air Resources Board-approved third party certifier that is recognized by EPA during the two-year transition period. Panel producers are required to conduct quality control tests on a regular basis to ensure that regulated composite wood products meet emissions standards. These tests can be conducted on-site if the appropriate equipment is available and test methods show a correlation to ASTM E1333-10. They are also required to meet reporting and recordkeeping requirements for quality control. Seven years after the final rule is issued, laminated product producers whose products are not exempted from the definition of hardwood plywood are also required to perform quality control tests on their products.

As part of the overall quality control system, third party certifiers are required to establish quality control limits (QCLs) for formaldehyde emissions for all product types, as well as determine a process to ensure panel producers (and laminated product producers) are meeting QCLs. EPA TSCA Title VI third party certifiers or their laboratories must test their panel producers' composite wood products quarterly using test method ASTM E1333-10 or, with a showing of equivalence, test method ASTM D6007-02. On a quarterly basis, they must also inspect panel producers' (and, if applicable, laminated product producers') products and records and verify quality control test results.

11. How will formaldehyde emissions from composite wood products be tested?

All panel producers are required to have their products tested by an EPA TSCA Title VI Third Party Certifier to ensure their products are certified as compliant with the emissions standards.

Panel producers are also required to conduct quality control tests on a regular basis to ensure that regulated composite wood products meet emissions standards.

To ensure quality control, third-party certifiers (TPCs) are required to establish quality control limits for formaldehyde emissions as well as determine a process to ensure panel producers and laminated product producers are meeting these limits. TPCs must also inspect panel producers' products and records and verify quality control test results.

12. What are the requirements for composite wood products made with no-added formaldehyde (NAF) and ultra-low emitting formaldehyde (ULEF) in order to receive reduced testing and third-party certification exemption?

Composite wood products made with resins formulated with NAF or ULEF resins are eligible for less frequent testing or a two-year exemption from third-party certification testing and certification.

Composite wood products made with NAF-based resins require at least one test conducted under the supervision of an EPA TSCA Title VI third party certifier pursuant to test method ASTM E1333-10 or ASTM D6007-02. Test results obtained by ASTM D6007-02 must include a showing of equivalence in accordance with test method ASTM E1333-10. Also required are three

months of routine quality control tests, including a showing of correlation to test method ASTM E1333-10, totaling not less than five quality control tests.

Composite wood products made with ULEF-based resins, require at least two tests conducted under the supervision of an EPA TSCA Title VI third party certifier pursuant to test method ASTM E1333-10 or ASTM D6007-02. Test results obtained by ASTM D6007-02 must include a showing of equivalence in accordance with test method ASTM E1333-10. Also required are six months of routine quality control tests, including a showing of correlation to test method ASTM E1333-10, totaling not less than ten quality control tests.

13. How to demonstrate that no additional formaldehyde is added? Is this only about the resin or also about the lacquer/coating?

The requirement in the rule regarding NAF applies to the resin system used to manufacture a regulated composite wood panel or to the resin used in the fabrication of a laminated product (attaching the veneer to a compliant panel).

For producers of composite wood product panels to obtain the 2-year exemption from the testing and certification requirements they must use NAF resin as discussed in Section 770.17 of the rule. As discussed in Section 770.4 of the rule, for laminated product producers to be exempt from the testing and certification requirements for HWPW they must use either a NAF or PF resin and must keep the following records for at least three years as discussed in Section 770.40 (c) :

- i. Resin trade name
- ii. Resin manufacturer contact information
- iii. Resin supplier contact information
- iv. Resin Purchase Records
- v. Panel Producer contact information
- vi. Panel purchase records
- vii. For in-house produced panels, records demonstrating certification under TSCA Title VI by a recognized TPC
- viii. For resins produced in-house, records demonstrating the production of PF or NAF resins as part of the resin cross linking structure

14. What are the most important terms and definitions to understand the final rule as there are differences in the understanding between Europe and the US?

The final rule defines the term

Composite wood product as hardwood plywood made with a veneer or composite core, medium-density fiberboard, and particleboard.

Hardwood plywood as a hardwood or decorative panel that is intended for interior use and composed of (as determined under ANSI/HPVA HP-1-2009 (incorporated by reference, see § 770.99)) an assembly of layers or plies of veneer, joined by an adhesive with a lumber core, a particleboard core, a medium-density fiberboard core, a hardboard core, a veneer core, or any other special core or special back material.

Medium-density fiberboard as a panel composed of cellulosic fibers made by dry forming and pressing a resonated fiber mat (as determined under ANSI A208.2-2009).

Particleboard as a panel composed of cellulosic material in the form of discrete particles (as distinguished from fibers, flakes, or strands) that are pressed together with resin.

Laminated product as a product in which a wood or woody grass veneer is affixed to a particleboard core or platform, a medium-density fiberboard core or platform, or a veneer core or platform. A laminated product is a component part used in the construction or assembly of a finished good. In addition, a laminated product is produced by either the fabricator of the finished good in which the product is incorporated or a fabricator who uses the laminated product in the further construction or assembly of a component part.

Finished good as any good or product, other than a panel, that contains hardwood plywood (with a veneer or composite core), particleboard, or medium-density fiberboard and that is not a component part or other part used in the assembly of a finished good.

15. Is plywood used in packaging (e.g. for machine parts) covered by the new final rule or not?

The TSCA Title VI rule does not regulate plywood used for packaging, including pallets, crates, spools, and dunnage. The Title VI rule is intended to cover those composite wood products used for interior use, meaning the explicit use or storage inside of a building or recreational vehicle, or constructed in such a way that it is not suitable for long-term use in a location exposed to the elements.

16. Is a prefabricated building and using wood-based panels (HWPW, PB, LVL, OSB...) for construction falling under the requirements of the regulation?

Prefabricated buildings, modular homes, and manufactured housing using hardwood plywood, particleboard, and/or medium density fiberboard are covered under the TSCA Title VI final rule. Glue laminated lumber and oriented strand board are explicitly exempt from TSCA Title VI and do not require certification. EPA considers such prefabricated and manufactured housing that contain regulated composite wood products (MDF, HWPW and PB panels) as a finished good and the home will have to have a label stating that it is TSCA Title VI compliant and the manufacturer of the home will need to keep the required records showing that the regulated composite wood used in manufacturing the home is compliant with TSCA Title VI.

17. Lumber core products are not subject to the California Air Resources Board Air Toxics Control Measure to Control Formaldehyde Emissions from Composite Wood Products. Are they subject to the EPA regulation?

No. The definition of hardwood plywood in the final rule includes a variety of core types, but formaldehyde emissions standards only apply to hardwood plywood made with a veneer core or a composite core. Hardwood plywood made with a lumber core or a hardboard core is not required to comply with the emission standards or the testing and certification.

18. Is structural plywood covered by the EPA regulation?

No. The definition of hardwood plywood in the final rule does not include structural plywood. Many of the product exemptions under TSCA Title VI, such as **hardboard, oriented strand board, structural plywood, structural panels**, and **structural composite lumber**, were found to already be made with resins with limited formaldehyde emissions potential.

19. A lot of furniture, e.g. kitchen, living, etc. is made of wood-based panels directly covered with foil, high pressure laminate (HPL), wood veneer or are directly covered by lacquer or powder-coated. The furniture is shipped to the US as flat-pack or as readily assembled units. For such products, when are the product producers required to perform quality control tests / emission-testing on their products?

The composite wood based panels directly covered with paper, foil, high pressure laminate, lacquered, or powder coated will need to be built with a compliant core (i.e., hardwood plywood (HWPW), particleboard (PB), or medium density fibreboard (MDF)); however they are not laminated products under Title VI. There is no provision to test the furniture (or finished product) if the core you are using is compliant – this would have already been tested and certified.

The composite wood panel covered with the wood veneer is a laminated product. It is the use of a wood, or woody-grass veneer under Title VI that triggers the requirements for a laminated product. Beginning one-year after notice in the Federal Register, fabricators will have to use compliant cores.

Starting seven years after the notice in the Federal Register, any laminated product that does not use a no-added-formaldehyde (NAF) or phenol-formaldehyde (PF) resin in the lamination process) will be classified as HWPW and the fabricator as a panel producer. The producer of a non-exempt laminated product would have to use a compliant core that has been certified under TSCA Title VI, and as well, have the finished product go back through the testing and certification regimen.

20. Is it sufficient if the wood-based panels show compliance with the rules' requirements or is it required to do a full chamber testing of the complete furniture piece (which is quite expensive and chamber capacities are limited)?

TSCA Title VI only applies to the composite wood products (i.e., panels of HWPW, MDF or PB) or component parts of finished goods that contain regulated composite wood products. Finished goods (such as furniture) are not required to be tested, per the requirements of the TSCA Title VI regulation, but panel producers must test and certify the panels that a fabricator uses to make a finished good. If a composite wood panel or a component part of a finished good is laminated with a wood or wood grass veneer, then it is considered a laminated product and seven-years from the date that the final rule is published in the Federal Register, the laminated product must either be able to retain the exemption from being regulated as HWPW because the veneer is attached

with a PF or NAF resin, or if not, the laminated product is considered a HWPW panel and must comply with all the testing, certification, recordkeeping and labelling requirements of a HWPW panel producer in addition to that of a fabricator.

21. What are considered laminated products and are they required to be tested for formaldehyde emissions? If so, by when?

Under TSCA Title VI, a laminated product is a product in which a wood or woody grass veneer is affixed to a particleboard core or platform, a medium-density fiberboard core or platform, or a veneer core or platform. A laminated product is a component part used in the construction or assembly of a finished good. In addition, a laminated product is produced by either the fabricator of the finished good in which the product is incorporated or a fabricator who uses the laminated product in the further construction or assembly of a component part.

Seven years after the final rule is issued, laminated product producers whose products are not exempted from the definition of hardwood plywood are required to test their products to ensure they comply with the formaldehyde emission standard for hardwood plywood.

22. Is there a requirement that the material used to produce the boards has to have a certification against FSC, PEFC or equivalent - like in California's Prop. 65?

No, although the EPA supports the use of sustainable forestry, sustainability certification is not required under EPA's TSCA Title VI rule.

23. Starting seven years after the notice in the Federal Register, any laminated product that does not use a no-added-formaldehyde (NAF) or phenol-formaldehyde (PF) resin in the lamination process will be classified as HWPW and the fabricator as a panel producer. The producer of a non-exempt laminated product would have to use a compliant core that has been certified under TSCA Title VI, and as well, have the finished product go back through the testing and certification regimen. In that case is it sufficient to have only a finished piece of the storage units to be tested and certified as representative for the kitchen or needs all pieces together to be checked? Or is it then sufficient to retest the raw-panels used for the production of the storage units or e.g. the finished kitchen front door?

Starting seven years after publication in the Federal Register all non-exempt laminated products would meet the definition of hardwood plywood and must be tested according to the "lot" or "product type" (see definitions at 770.3) groupings as chosen by the fabricator. Note that non-exempt finished goods that are laminated by a different process (i.e., using different resins, etc.) are not of the same lot or product type. If you combine non-exempt component parts that are laminated using different resins, manufacturing processes, or production methods to create a finished good than you would have to test a component part from each production process (or lot/product type for each component part). If the component parts are laminated using the same resins, manufacturing process, or production process to create a finished good then you may choose to test a representative sample from that "lot" or "production type".

Also note that if the core or platform is made in-house, it does not have to be certified independently but can be certified as part of the hardwood plywood/laminated product certification. You would not need to retest compliant raw panels – however, you must retain the records and labels showing that the panels are compliant.

24. Is there a list available with the labs accredited to perform the required testing?

EPA does not yet have list of EPA-recognized third party certification laboratories. The California Air Resources Board (CARB) list of Third-Party Certifiers (TPCs) is currently the best resource for laboratories known to have the capability to obtain and maintain credentials for formaldehyde emission testing under the CARB program. EPA will provide its own list of EPA-recognized TPCs and Accreditation Bodies (ABs) on the Agency's formaldehyde webpage (<http://epa.gov/formaldehyde>) once they have applied and been recognized by EPA. EPA anticipates that TPCs and ABs will begin applying for EPA recognition beginning 60 days after the rule publishes in the Federal Register, and many of the initial laboratory applicants are anticipated to be CARB-approved TPCs that will apply for EPA-recognition under the reciprocity agreement that EPA will have with CARB.

25. Are CARB approved TPCs automatically recognized for EPA TSCA Title VI?

TPCs approved by CARB are eligible for EPA TSCA Title VI recognition through reciprocity, provided that they meet all applicable requirements. Existing CARB TPCs and TPCs approved by CARB during the two-year transition period that are recognized by EPA may certify composite wood products under TSCA Title VI until December 12, 2018. After that time, EPA will only recognize TPCs, including CARB-approved TPCs, who are accredited by EPA-recognized ABs.

26. Is there a transitional period for existing laboratories recognized by CARB to be recognized for TSCA as well? Is it right that Existing CARB approved TPC will be able to provide certification to the TSCA formaldehyde emissions standards for 2 years without further approval as TPC are required to become accredited by the EPA for TSCA Title VI certification after the 2 year grace period?

Once the rule becomes effective (effective date is 60 days after publication in the Federal Register), existing CARB approved TPCs may apply to EPA through the Central Data Exchange (CDX) website for recognition as a TSCA Title VI TPC under the reciprocity provisions. No additional accreditations are needed by the TPCs during the 2-year transition period. Note that TPCs must apply and receive EPA recognition prior to certifying any products as TSCA Title VI compliant during the transition period and comply with the reporting and notification requirements in the rule for CARB reciprocity TPCs. After the 2-year transition period ends (date two years after the effective date of the rule) all TPCs that wish to certify products under TSCA Title VI must apply and receive recognition as an EPA Title VI TPC. At this time, to be an EPA Title VI TPC, a TPC must:

- i. be recognized by an EPA Title VI product Accreditation Body (AB) to ISO/IEC 17065
- ii. be, or have contact with a laboratory that is accredited by an EPA Title VI laboratory AB to ISO/IEC 17025
- iii. have demonstrated the ability to conduct inspections and train inspectors in conformance with ISO/IEC 17020
- iv. have demonstrated experience in industry with composite wood products the TPC intends to certify
- v. have demonstrated experience performing emissions testing with ASTM E1333 and D6007

27. If finished parts are delivered by an upstream supplier, e.g. two kinds of doors for kitchen storage units made of particle boards first covered with foil and second with oak veneer, to a kitchen furniture producer, is the kitchen producers obliged to check again if the requirements are fulfilled? If how? Or are the proofs of the supplier sufficient?

Yes, the kitchen furniture producer should require that the bill of lading, invoice, or comparable document from the upstream entity has a TSCA Title VI compliance statement and that the finished good or component part (e.g., door) is properly labelled as TSCA Title VI compliant. The kitchen furniture producer is responsible for recordkeeping, and if requested, for distributing the label/information to downstream entities (e.g., distributors, retailers, etc.).

28. How do panel producers ensure constant compliance with the legal requirements?

Composite wood products must be certified by an EPA TSCA Title VI TPC. To obtain and maintain certification, panel producers must establish quality assurance/quality control programs, conduct regular quality control testing of product emissions, and have an EPA-recognized TPC conduct or oversee quarterly formaldehyde emissions testing.

29. Which test methods are allowed to be used as a routine quality control test method?

Approved quality control test methods show a correlation to ASTM E1333-10 (ASTM D6007 being among them). Some other examples include:

- ASTM D5582.
- EN 717-2 (Gas Analysis Method).
- DMC (Dynamic Micro Chamber), 2007 User's Manual.
- DMC (Dynamic Micro Chamber), 2012 GP User's Manual.
- EN 120 (Perforator Method).
- JIS A 1460 (24-hr Desiccator Method)

30. What are the labelling requirements under the final rule?

Composite wood panels: Each raw composite wood panel must be labeled separately, or a bundle of panels may be labeled. The label can be a stamp, tag, or sticker and include the panel producer's (i.e., manufacturer's) name, lot number, the assigned EPA-Recognized TSCA Title VI third party certifier number, and statement that the products are TSCA Title VI compliant.

Finished goods containing regulated composite wood products: Each finished good or every

box or bundle containing finished goods must be labeled. If a finished good (including component parts sold separately) is not individually labeled, the importer, distributor, or retailer must retain a copy of the label, be able to identify the products associated with that label, and make the label information available to potential customers upon request. The label may be applied as a stamp, tag, or sticker and must include, at a minimum, the finished good fabricator's name, the date the finished good was produced (in month/year format), and a statement that the finished goods are TSCA Title VI compliant.

Composite Wood Products Made with ULEF and NAF-based Resins: Manufacturers or fabricators of no-added formaldehyde-based or ultra-low emitting formaldehyde (ULEF resins) are not required to, but may label products as being made with these.

Composite Wood Products Not for Sale: Panels imported into or transported across the United States for quarterly or quality control testing purposes must be labeled "For TSCA Title VI testing only, not for sale in the United States." Panels may be re-labeled as TSCA Title VI compliant if test results are below the applicable emission standards.

31. Is it sufficient to label (furniture) mounting instructions instead of the product?

No, every regulated finished good, or every box or bundle containing regulated finished goods must be labelled with a stamp, tag, or sticker indicating the fabricators name, the date the goods were produced (in month/year format) and a statement that the finished goods are TSCA Title VI compliant – all in legible English text.

32. Is there an exemption for products that contain only a negligible amount of composite wood products?

Products that contain de minimis amounts of composite wood products, defined as products containing 144 square inches or less, based on the surface area of its largest face, of regulated composite wood products, are exempt from the labeling requirements, but not the recordkeeping requirements or other provisions. TSCA section 13 import certification for composite wood products that are articles is also required. The exception does not apply to finished goods or component parts that are designed to be used in combination or in multiples to create larger surfaces, finished goods, or component parts. The underlying composite wood core material contained within a finished good that has a *de minimis* amount of composite wood still must meet the formaldehyde emission standards.

33. Is a kitchen consisting of let's say 5 storage units seen as one product so that the kitchen has to be labelled once or is it required to label each piece of the storage units?

If the kitchen storage unit is sold (including packaged) as an individual product, one label will suffice. If each piece of the kitchen storage unit is sold (including packaged) separately, then each piece must be labelled to avoid confusion. As always, the bill of lading, invoice, or comparable document must also bear a statement that certifies the goods are compliant with TSCA Title VI.

34. It is said that "Each raw composite wood panel must be labeled separately, or a bundle of panels may be labeled." Does that mean that each raw composite wood panel shall be labeled separately and producer is free to label a bundle? Or does that mean that you can choose either to label a bundle or each raw composite wood panel?

Panels or bundles of panel that are sold, supplied, or offered for sale in the U.S. must be labeled – it is at the discretion of the panel producer to label them as individual panels or as bundles. If a composite wood panel is not individually labeled, the panel producer, importer, distributor, fabricator, or retailer must have a method (i.e., color coded edge marking) that will identify the supplier of the panel and link the information on the label to the products for downstream entities in order to document the panels are TSCA Title VI compliant.

35. Are there exact specifications, where the labelling shall be put on, every single kitchen part or the complete kitchen? Or in case of disassembled products any package/box, any piece in the box? And where?

The rule allows the producer or fabricator to decide where to place the label on each panel or component part of a finished good (product), or the box that contains the regulated component part or finished good. For example, if the "complete kitchen" is shipped in a single box or bundle, one label would suffice; however, if it is sent in several boxes or bundles, each box or bundle would need to be labeled. If the product is disassembled but packaged in a single box, but when assembled would represent one finished good, any piece in the box may bear the label, or the box itself can bear the label. See the requirements the physical label must meet as answered in question 5 above.

36. If, how are the (delivery and customs) papers to be labelled?

The import documents (i.e., commercial invoice, entry document, or comparable document) must bear a TSCA Section 13 compliance statement starting two years after publication of the final rule in the Federal Register. The EPA anticipates that the importer or import broker may certify that products are compliant with TSCA Section 13 through the electronic Automated Commercial Environment/International Trade Data System (ACE/ITDS) interface, once complete by U.S. Customs and Border Protection.

37. Is it allowed to have other labels and descriptions standing next to the “TSCA Title VI compliant“ marking, e.g. CARB, FSC/PEFC, Greenguard, SCS-Indoor Air Advantage, ...?

Yes, and the final rule also allows for a combination of the TSCA Title VI label and the CARB label, so long as the combined label meets the requirements of both EPA and CARB rule provisions for labelling.

38. Are fabricators or retailers of finished goods required to conduct formaldehyde emissions testing?

No. Formaldehyde emissions testing is required to be conducted by panel producers and third party certifiers. Fabricators and retailers are responsible for ensuring the purchase of only compliant composite wood products, whether they are unfinished panels or incorporated into component parts of finished goods.

39. Do finished goods require testing and third-party certification?

No, finished goods do not require formaldehyde emissions testing and certification. However, the component parts of the finished good that are considered to be regulated composite wood products must be tested to ensure they comply with the emissions standards. There are recordkeeping requirements for the compliant composite wood products that are component parts of the finished goods that document they are certified as being compliant.

40. If a furniture producers does not want to by TSCA-certified panels from a wood based panels producer because he thinks that it might be cheaper buying not certified panels and then wants to have this panels TSCA-certified by his own by an accredited institute would that be possible?

Certification of composite wood panels must be completed by the panel producer because the rule requires certain actions of the panel producer during production of the composite wood panel, such as conducting routine on-site quality control provisions and testing requirements based on production line factors, product throughput and product types as defined by the panel production process.

41. How will the authorities control that products comply with the requirements?

TSCA Title VI requires certification, labelling, and recordkeeping throughout the supply chain from the manufacturer of the composite wood product panel to the distribution in retail. Products that are distributed in the U.S. which contain regulated composite wood products must meet all applicable requirements of the rule, starting one year after publication of the final rule in the Federal Register. Note that import certification will be required for all imported products subject to the final rule starting two years after publication in the Federal Register. The agency has developed compliance guides to help ensure that entities affected by the rule understand the requirements and the agency use the necessary tools to ensure products meet the requirements of this rule.

42. As there are differences in the understanding of terms and definitions between US and Europe, e.g. in the flooring sector parquet in the US only means the type of flooring made of on single layer of solid wood and in Europe the term parquet includes also multilayer (more than two layers) construction which in North America is called engineered wood product. If the top layer is less than 2.5 mm a product is not allowed to be called parquet, it may be called veneer flooring. So here one interesting question came up. A multilayer parquet consists of a top layer of real wood of 2.5 mm or more. Beneath the top layer you usually have a core made of HWPW, MDF, or solid wood strips. Then you have a backing consisting of HWPW, MDF, HDF, solid wood, wood veneer. It seems that some of these material combinations fall under the definition of laminated product an others don't.. Furthermore some of these material combinations (top layer more than 2.5 mm, HDF-core or solid wood core, solid wood or veneer or HWPW backing) seem not to be covered by the regulation. Can you confirm that? Or how are those products categorized in the US?

A laminated product under TSCA Title VI is defined as “a product in which a wood or woody grass

veneer is affixed to a particleboard platform, a medium density fiberboard (MDF) core or platform, or a veneer core or platform". Note also that a veneer is defined in TSCA Title VI as, "a sheet of wood or woody grass with a maximum thickness of 6.4 millimeters. . . ". This size determination of a veneer is determined in ANSI-HPVA HP-1-2009 standard. High Density Fiberboard (HDF) may be considered hardboard if it meets the regulatory definition of hardboard (see ANSI standards 135.4 & 135.5); however, if the HDF does not meet the definition of hardboard it may meet the definition of MDF and thus, in this instance, TSCA Title VI regulates the HDF core as an MDF core. Solid wood is not regulated under TSCA Title VI.

43. When are which requirements effective?

Summary of Provisions:

Requirements	Compliance date
Composite Wood Product Producers	
Products must comply with emission standards: Hardwood plywood (made with a veneer core or a composite core) = 0.05 ppm Particleboard = 0.09 ppm MDF = 0.11 ppm Thin MDF = 0.13 ppm	December 12, 2017.
Products must be certified by an EPA TSCA Title VI TPC unless they are eligible for a limited exemption for products made with NAF-based or ULEF resins.	December 12, 2017
Products must undergo quarterly testing and routine quality control testing using specified methods.	December 12, 2017
Panels must be labeled with the producer's name (or other identification), lot number, TPC number, and a statement of compliance with TSCA Title VI.	December 12, 2017
Records, including testing, production, purchaser, transporter, and non-complying lot information, must be kept for 3 years. Records demonstrating initial eligibility for reduced testing or a limited third-party certification exemption for products made with NAF-based or ULEF resins must be kept for as long as exemption eligibility is claimed.	December 12, 2017
Producers of Laminated Products That Are Not Exempt From the Definition of Hardwood Plywood	
Bills of lading, invoices, or comparable documents must be obtained and maintained for 3 years.	December 12, 2017
Finished goods must be labeled with the producer's name, the date the good was produced, and a statement of TSCA Title VI compliance.	December 12, 2017
Laminated products must comply with the hardwood plywood emission standard of 0.05 ppm, and the testing, certification, and recordkeeping requirements for composite wood products.	December 12, 2023
Producers of Laminated Products That Are Exempt From the Definition of Hardwood Plywood	
Records demonstrating purchase/use of compliant platforms and NAF or PF resins and bills of lading, invoices, or comparable documents must be obtained and maintained for 3 years.	December 12, 2023
Bills of lading, invoices, or comparable documents must be obtained and maintained for 3 years.	December 12, 2017
Finished goods must be labeled with the producer's name, the date the good was produced, and a statement of TSCA Title VI compliance.	December 12, 2017
Fabricators (Other Than Laminated Product Producers)	
Bills of lading, invoices, or comparable documents must be obtained and maintained for 3 years.	December 12, 2017
Finished goods must be labeled with the producer's name, the date the good was produced, and a statement of TSCA Title VI compliance.	December 12, 2017
Importers	
Bills of lading, invoices, or comparable documents bearing a statement of TSCA Title VI compliance must be obtained and maintained for 3 years. In addition, must have the ability to make records identifying the panel producer, the date the products were produced, the supplier (if different) and the date the products were purchased available to EPA within 30 calendar days of request	December 12, 2017
Import certification under TSCA section 13 is required	December 12, 2018

Distributors and Retailers

Bills of lading, invoices, or comparable documents must be obtained and maintained for 3 years	December 12, 2017
--	-------------------

44. What are the penalties for non-conformities with the regulation?

These are determined on a case-by-case basis by EPA's Office of Enforcement and Compliance. There are individual policies covering multiple federal statutes and various situations within each statute in existence.



European Furniture Industries Confederation

European Furniture
Industries Confederation
Rue Montoyer 24
1000 Brussels, Belgium
info@efic.eu

November 10, 2016

Department for Business, Energy and Industrial Strategy
1 Victoria Street
London
SW1H 0ET

Letter accompanying the response to the Consultation on updating the Furniture and Furnishings (Fire) (Safety) Regulations (FFRs).

Please accept this letter as a part of our formal reply to your consultation. The European Furniture Industries Confederation represents the furniture industry in 12 European countries, accounting for more than 70 percent of all furniture production in Europe.

EFIC is concerned with the existing requirements set by the FFRs and with the proposal for changes as they won't substantially and positively change the status quo.

While sharing your opinion¹ that the current FFRs are in need of revision and your objective to reduce the need for flame retardant chemicals in furniture, the proposed changes are far from fulfilling these intentions. In fact, the revised test criteria still require a complex system of testing methods and routes for compliance, they impose high costs in the production and the need for flame retardants to comply still remains.

The following reasons support the arguments that the current proposal for revision is not a suitable compromise and it does not improve the current situation.

The FFRs are ineffective

In the Technical Paper² prepared by the BIS in October 2014 the current FFRs are hailed as a great success due to the reduction in domestic fires since their introduction, but that little work has been done to "identify any weak elements in the Regulations, despite the fact they were somewhat rushed into existence." Later in the same Technical Paper the BIS states that "It is possible to demonstrate in full scale tests that the Regulations are ineffective."

The perceived success of the Regulations is not based on the effectiveness of the test method, but on the "reduction in domestic fires since the introduction of the Regulations." This perception still leaves a reasonable doubt towards the real reasons behind the registered decrease. It seems to assume that all households in the UK changed their furniture in 1988 without duly assessing the impact of other factors such as the introduction of smoke detectors and less people smoking, or other behavioural changes in society.

The FFRs constitute a barrier to trade in the internal market.

Most EU Member States do not impose fire safety requirements for domestic furniture. Some Member States apply the cigarette test (EN 1021-1). Only the UK and Ireland have national

¹ Furniture and furnishings fire safety regulations: proposed changes - [impact assessment](#)

² Technical Paper: Systematic Rationale for Modification of the Furniture & Furnishings (Fire) (Safety) Regulations

regulations in place imposing specific requirements and test methods. The FFRs have a strong economic impact on furniture producers and distributors from other member states, increasing disproportionately the costs for placing furniture on the UK market. For this reason, companies are often exporting a smaller range of products to, or totally avoiding the UK market. There is little evidence to support that upholstered furniture in the United Kingdom poses a higher risk than upholstered furniture in the rest of Europe, and in effect, there should not be the need for more stringent regulations in the UK. The BEIS goes far in confirming this in the Impact Assessment stating “We do not have comparative data which allows us to assess whether the UK regulations actually lead to safer furniture than in the rest of the EU”.

The FFRs do not diminish the use of flame retardant chemicals

The proposed Regulations does little to reduce the quantity of flame retardants needed to comply with the test, thus the UK population will continue to be exposed to potentially hazardous chemicals. Adverse consequences from the use of flame retardants are well known and documented by science. Flame retardants put the consumers’ safety at risk in their own domestic environment. The BEIS is considering these arguments and listing a number of studies demonstrating the health and environmental risks connected with flame retardants use.³ The choice to propose the removal of the cigarette test while keeping an open flame test is therefore surprising, as the latter leads to more flame retardant use.

In conclusion, EFIC does not agree with the proposed update of the Regulation as it maintains the existing barrier to trade, and it may even lead to more use of hazardous flame retardant chemicals, opposite of the rationale for changing the tests. Furniture should not be subject to requirements that lead to the use of flame retardant chemicals.

Proposed solution

EFIC proposes a harmonised smoulder ignition test in the EU, and removing open flame tests for furniture products as they lead to the use of flame retardant chemicals. The cigarette test (EN 1021-1), is a more suitable test to ensure fire safety for upholstered furniture, while increasing consumers’ protection from potentially hazardous chemicals.

We would also like to use this opportunity to inform you that we are simultaneously launching a formal complaint to the European Commission on the existing Furniture and Furnishings (Fire) (Safety) Regulations (FFRs) for breach of the principle of free movement of goods under article 34 of the Treaty on the Functioning of the European Union.

We hope you will take our comments into account, and welcome any future dialogue on the issue.

Best regards,



Markus Wiesner
EFIC President

³ [Impact assessment](#), Annex 1 - Brief list of reference material regarding the effects of FRs on health/environment